Deutscher Bundestag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/7026

27. 04. 90

Entschließungsantrag

der Fraktion der SPD

zur Abgabe einer Erklärung der Bundesregierung „Bericht über den Stand der Verhandlungen mit der DDR“

Der Bundestag wolle beschließen:

1.

Der Deutsche Bundestag bekennt sich erneut zum Prozeß der deutschen Einigung. Er tritt dafür ein, daß sich dieser Prozeß im Geist der gleichberechtigten Partnerschaft, unter weitestmöglicher sozialer Absicherung und im Rahmen der europäischen Einigung vollzieht.

An diesem Prozeß müssen sich die Menschen in beiden deutschen Staaten beteiligen können. Er darf nicht über ihre Köpfe hinweg unter ultimativen Zeitvorgaben vorangetrieben werden. Die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten de Maizière vom 19. April 1990 entspricht diesen Grundsätzen. Sie wird deshalb begrüßt.

2.

Der Deutsche Bundestag mißbilligt, daß er, aber auch der Bundesrat und die Bundesländer, bisher nahezu vollständig von der Mitwirkung an der deutschen Einigung ausgeschaltet worden sind. Er fordert, daß er und die genannten Organe künftig

— laufend und vollständig informiert und

— rechtzeitig in die Willensbildung einbezogen werden.

3.

Das Arbeitspapier für die Gespräche über einen Staatsvertrag mit der DDR erlaubt noch keine abschließende Beurteilung. Besonders sorgfältiger Prüfung bedürfen

— die Auswirkungen auf die Beschäftigungssituation und Preisentwicklung,

— die sozialen Absicherungen,

— die ökologischen Notwendigkeiten,

– die Vorkehrungen gegen Spekulationsgewinne und gegen den Umtausch von Guthaben aus dem Stasi- und dem SED-Bereich sowie

– die Höhe der für die Bundesrepublik Deutschland entstehenden Verpflichtungen.

4.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, unverzüglich konkrete Angaben über die Höhe dieser Verpflichtungen und ihre Deckung vorzulegen.

5.

Der Deutsche Bundestag bedauert die Debatte über die Verlängerung seiner Wahlperiode. Er lehnt eine solche Verlängerung ab. Statt dessen ist im Zuge des Einigungsprozesses eine Verfassungsnorm folgenden Inhalts zu schaffen:

„Die 12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages endet, wenn auf der Grundlage einer vom Volk gebilligten Verfassung die erste gesamtdeutsche Wahl stattgefunden und sich das Parlament des neuen Deutschen Bundestages konstituiert hat."

Der Deutsche Bundestag bekräftigt, daß die staatliche Einheit durch das Volk selbst begründet werden soll.

Bonn, den 26. April 1990

Dr. Vogel und Fraktion

Druck: Thenée Druck KG, 5300 Bonn, Telefon 23 19 67
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 13 63, Herderstraße 56,5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51, Telefax (02 28) 36 12 75
ISSN 0722-8333